

Begrüßung / Einführung (Caren Lay, MdB)

Sehr geehrte Referentinnen und Referenten, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Fachgesprächs,

ich möchte Sie recht herzlich zu unserer Veranstaltung begrüßen. In den kommenden vier Stunden wollen wir nicht über die Notwendigkeit des schrittweisen Ausstiegs aus der Braunkohle diskutieren - der muss ohnehin kommen, will Deutschland seine Klimaschutzziele erfüllen - sondern darüber, wie der damit verbundene Strukturwandel organisiert und begleitet werden kann.

Vor dem Sommer hat Wirtschaftsminister Gabriel einen Klimaschutzbeitrag für alte und ineffiziente fossile Kraftwerke ins Spiel gebracht. Dieser intelligente Mechanismus hätte, wie wir finden, einen schonenden aber wirksamen Einstieg in den Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohleverstromung ermöglicht. Nunmehr wird er leider abgelöst durch eine Kapazität- und Klimareserve, die im Groß-Kraftwerkssektor bis 2020 nur halb so viel CO₂-Minderung bringt, wie die geschasste Klimaschutzabgabe.

Am Mittwoch ist ja unter anderem dazu der Kabinettsbeschluss ergangen. Obwohl Details der Finanzierung erst über den Verordnungsweg geregelt werden, dürfte jetzt schon klar sein: Das wird eine sehr teure Lösung für Haushalte und VerbraucherInnen, weil die Einspar-Lücke durch kostspielige Vorhaben in anderen Bereichen geschlossen werden muss.

Wir sind auch überzeugt, dass mit der anvisierten Reservelösung die wirklichen Probleme im Kraftwerkssektor nur aufgeschoben werden. Denn wegen des lahmen Tempos bis 2020 muss in der Zeit nach 2020 der Braunkohleausstieg extrem beschleunigt werden, sonst lassen sich die Klimaschutzziele nicht erreichen. Und das wird dann den Beschäftigten und Haushältern in den Revieren richtig wehtun. Charlotte Loreck vom Ökoinstitut wird dazu gleich vortragen.

Und hier sind wir beim Thema. Denn egal ob Klimaabgabe oder Klimareserve: Der schrittweise Ausstieg aus der Braunkohle steht auf der politischen Agenda. Nicht umsonst trennt sich Vattenfall bis nächsten Sommer von den Meilern in der Lausitz. Die Umsiedlungsplanung für Nochten II wurde bereits gestoppt. In diesem Zusammenhang hoffe ich, die Braunkohleplanverfahren dafür und auch für Jänschwalde Nord und Welzow II werden eingestellt. Denn die Braunkohle wird niemand mehr brauchen. Die Gewinne aus diesem Geschäft haben sich aufgrund der gesunkenen Großhandelspreise ohnehin vermindert. Auch RWE im Rheinland spürt das in den Bilanzen. Die Klimaschutzbewegung fordert darum: Die dort bereits genehmigten Tagebaue müssen deutlich verkleinert werden. Die Besetzung von Garzweiler vor einem Monat durch über 1000 Aktivisten von „Ende Gelände“ hat den Widerstand gegen den Braunkohleabbau genauso manifestiert, wie das Klimacamp in der Lausitz. Ihnen gilt unsere Solidarität.

Das alles hat jedoch bei den Beschäftigten in Braunkohleregionen für Unruhe gesorgt – verständlicherweise. Denn sie bangen um Arbeitsplätze und Einkommen. Sie bangen um Lebensentwürfe und Sicherheit für die Zukunft ihrer Familien.

Zudem fürchten auch andere Akteure den schrittweisen Ausstieg. So etwa Zuliefer- oder Servicefirmen. Beispielsweise sollen nach Angaben der IG Metall mindestens 160 der 475 Beschäftigten des Unternehmens Babcock Borsig Steinmüller am Standort in Peitz ihren Arbeitsplatz

verlieren. Aufträge für Service- oder Instandhaltungsleistungen im Braunkohlesektor würden gegenwärtig gestreckt oder verschoben. Dies wiederum nutzt das Unternehmen, um Teile der hochqualifizierten Belegschaft durch Leiharbeiter zu ersetzen.

Zugleich blicken BürgermeisterInnen in Braunkohleregionen sorgenvoll in ihre Haushaltsplanungen, da Steuereinnahmen und direkte Zuschüsse der Energiekonzerne zu städtischer Infrastruktur drohen, verloren zu gehen. Beispielsweise zu Sportstätten oder Kultureinrichtungen, zu Festen und dergleichen mehr. Vattenfall fordert ja aktuell gar die Gewerbesteuer fürs letzte Jahr von den Lausitzer Kommunen zurück.

Unabhängig, wie realitätsnah jeweils im konkreten Fall die Befürchtungen sind: Die Regionen werden sich wandeln müssen, und ohne strukturelle Begleitung des Prozesses droht Ungemach.

Doch Strukturwandelkonzepte vom grünen Tisch sind untauglich. Alle Studien zum Thema, die wir kennen, kommen zu dem Ergebnis, dass solche Konzepte nicht nur sehr komplex sind, sondern dass sie für die politische Kommunikation völlig wertlos werden, wenn die Beteiligten sie nicht partizipativ und schrittweise entwickeln. Es nimmt sie schlicht niemand ernst, im Zweifelsfall schüren sie als vermeintliche Beruhigungspillen nur zusätzliches Misstrauen.

Wir als LINKE bilden uns darum auch nicht ein, ein ganzheitliches Strukturwandelkonzept aus dem Hut zu zaubern. Vielmehr sind auf Bundes- und Landesebene Rahmenbedingungen zu setzen, damit ein Dialogprozess mit Bevölkerung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in Gang gesetzt werden kann. Das ist auch Ziel des ausliegenden Entwurfs eines Strukturwandelfördergesetzes, den die sächsische Landtagsfraktion der LINKEN eingebracht hat. Zum ihm gab übrigens heute es vor einer Woche in Dresden eine parlamentarische Anhörung.

Ein ähnliches Ziel verfolgt der Beschluss der Brandenburger LINKEN Landtagsfraktion von letzten Wochenende, der ebenfalls ausliegt. Mein Kollege Thomas Nord, der den zweiten Teil der Veranstaltung moderieren wird, wird dazu nachher sicher etwas sagen.

Doch zunächst begrüße ich noch einmal unsere Referentinnen und Referenten, die wir jeweils vor Beginn jeden Vortrags vorstellen werden. Danke dass sie gekommen sind. Anwesend sind zudem die Bundestagsabgeordneten (Eva Bulling-Schröter, Hubertus Zdebel, Birgit Menz ...)

Wir haben nach jeweils drei Vorträgen eine halbe Stunde für Nachfragen und Diskussion eingeplant. Das ist ein enger Zeitplan, deshalb bitte ich darum, dass die Referentinnen die Zeit von 15, maximal 20 Minuten nicht überziehen.

Doch nun zum ersten Vortrag: